



dbb Landesvorsitzende  
Lilli Lenz Foto: db

## Liebe Leserin, lieber Leser, ...

desregierung zur Reform des Laufbahnrechts (und darum handelt es sich bislang hauptsächlich) ausfüllen sollten. Große Unsicherheit bei Funktionären und Einzelmitgliedschaft im dbb war die selbstverständliche Folge. Hartnäckig haben wir an Erhellungen gearbeitet. Fundiert haben wir die Entwicklung begleitet, deren Ausgangspunkt zu maßgeblichem Teil unsere frühzeitig aufgestellten Positionen zur Reform waren. Die Abkehr vom zugegebenermaßen etwas angestaubten Kastendenken durch Etablierung einer einheitlichen Beamtenlaufbahn ohne Laufbahngruppen Grenzen und die Reduzierung der Fachlaufbahnen – das basiert auf unseren Ideen, dem dbb reform modell 21 und den dazu ergangenen dbb Beschlüssen auf Landesebene.

Verbändebeteiligung und parlamentarische Anhörung: Der dbb rheinland-pfalz hat als Expertenorganisation eingehend sowohl die LPersVG-Novelle als auch die bisherige Dienstrechtsreform nüchtern und kompetent begleitet.

Wieder einmal wurde deutlich, was wir bewegen können, wenn wir gemeinsam für die Sache eintreten und unserer Kompetenz Geltung verschaffen.

Von über dreißig (zusätzlichen) Vorschlägen zur LPersVG-Änderung wurde ein gutes Drittel aufgenommen, zuletzt die Verfeinerung der Freistellungsstaffel am oberen Ende.

Nach richtungsweisender Vorwegnahme des Grundzchnitts der Laufbahnreform haben wir nach dem Motto „Reform ja, Verschlechterungen nein!“ insbesondere für die Erhaltung einer Möglichkeit zum Verwendungsaufstieg gekämpft und den scheinweisen Eintritt der Landesregierung in die Reform kritisiert. In der Folge konnten wir auch hier zahlreiche Verbesserungen erreichen, wenn auch der Einsatz für den Verwendungsaufstieg letztlich nicht fruchtete. Jetzt kommt es darauf an, wie die neue Fortbildungsqualifizierung gestaltet wird, um die Frage nach eventuellen Nachteilen endlich beantworten zu können.

Der dbb rheinland-pfalz wurde 2010 zu einem geachteten und zunehmend nachgefragten Gesprächspartner der Landesregierung sowie der Parteien und Verbände. Aus einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ministerrat entwickelte sich die Einrichtung einer Kreativ-Arbeitsgemeinschaft von Spitzengewerkschaften und den Ressorts beim Innenministe-

rium. Lösungsansätze zur Verbesserung des Images des öffentlichen Dienstes im Land sowie zur unbedingt notwendigen Verbesserung der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst sollen gemeinsam gefunden werden, um die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes für die Zukunft im Wettbewerb um die qualifiziertesten Bewerber attraktiv zu machen. Hier nimmt der dbb rheinland-pfalz seine Aufgabe als Interessenvertretung direkt und ungeschminkt wahr.

### Und 2011?

Drei spannende Dinge werden das Gewerkschaftsjahr prägen: Da ist zunächst die Einkommensrunde 2011 für den öffentlichen Dienst der Länder.

Die dbb Forderung dazu lautet auf 50 Euro Sockelbetrag und drei Prozent Linearanpassung, was vom Umfang her in den relevanten Entgeltgruppen etwa fünf Prozent entspricht. Das ist eine Forderung mit Augenmaß und die öffentlichen Arbeitgeber würden gut daran tun, entgegen bisheriger Verlautbarungen schnell darauf anzuspringen. Sonst kommt es – nicht zuletzt wegen der gekündigten Schlichtungsvereinbarung – vielleicht schneller zu regelrechten Arbeitskämpfmaßnahmen. Die Arbeitneh-

Ein gewerkschaftlich ereignisreiches Jahr liegt hinter uns: 2010 stand zunächst im Zeichen der schwierigen Verhandlungen um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Auch zahlreiche gute dbb Warnstreikaktionen in Rheinland-Pfalz waren letztlich mitursächlich dafür, dass angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der prekären Finanzlage in den Kommunen ein insgesamt akzeptabler Abschluss erreicht werden konnte.

Parallel beschäftigten wir uns beim dbb rheinland-pfalz in extra errichteten Arbeitskreisen mit einer – nach unserem Geschmack zu kleinen – Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes und natürlich mit der Dienstrechtsreform in Rheinland-Pfalz.

Gerade das Letztere fiel zuweilen besonders schwer, denn teils schienen die Ressorts selbst noch nicht zu wissen, wie sie die Vorgaben der Lan-

merinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Landesdienstes werden nicht akzeptieren, dass sie trotz günstigerer wirtschaftlicher Allgemeinentwicklung beim Einkommen das Nachsehen haben sollen.

Vielleicht gelingt es auch, die Tarifverhandlungen zum TV-L und zum TVöD für Bund und Kommunen zeitlich wieder gleich zu takten. Jedenfalls muss das zukünftige TV-L-Ergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung und -versorgung übertragen werden.

Damit wären wir beim zweiten entscheidenden Ereignis in 2011, der Landtagswahl Ende März.

Die politische Landschaft in Deutschland ist in Bewegung. Viele Wähler verabschieden

sich von den großen Volksparteien, indem sie ihr Kreuzchen anders setzen oder gar nicht mehr zur Wahl gehen. Das kann zu besonderen Koalitionsbedingungen führen. Wie auch immer die Wahl für das Land ausgeht: Die neue Landesregierung wird sich auch daran messen lassen müssen, wie sie mit dem Personal im öffentlichen Dienst umgeht. Was jedenfalls nicht passieren darf, ist, dass nach der Wahl der Sparhammer zuschlägt und plötzlich bislang nicht veröffentlichte Einschnitte zur weiteren Haushaltskonsolidierung den öffentlichen Dienst treffen. Wir haben in der Vergangenheit wahrlich schon genug Sparbeiträge erbracht. Mehr ist einfach nicht tragbar. Die Beschäftigungsbedingungen im

öffentlichen Dienst brauchen einen Schub.

Gut, dass nach Schaffung der gesetzlichen Grundlagen im letzten Jahr nun die Dienstrechtsreform auf der Baustelle Laufbahnrecht an Fahrt gewinnen kann – das ist der dritte Themenkreis, den ich hier herausgreifen möchte. Bis Mitte 2012 sollen die Systeme der neuen Fortbildungsqualifizierung ausgearbeitet und eingeführt werden. Das ist eine schöne Chance für positive Signale in Richtung Personal. Nach wie vor fordert der dbb rheinland-pfalz hier die Regelung eines Fortbildungsanspruchs. Der Erfolg der grundsätzlich von uns mitgetragenen Fortbildungsqualifizierung steht und fällt mit der dafür eingeplanten Finanzausstattung. Es darf nicht

sein, dass das Modell schnöde am Geld scheitert.

Man sieht: Es gibt weiterhin viel zu tun für den dbb rheinland-pfalz. Das gehen wir voll Tatendrang und Zuversicht an, wenn auch die gestellten Aufgaben nicht leicht sind. Ich darf Sie herzlich um Ihre Unterstützung dabei bitten. Zusammen sind wir stark und ein Faktor, mit dem gerechnet werden muss. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass das Jahr 2011 solidarisch, kollegial, sachorientiert und wenn nötig kämpferisch in dbb Hinsicht ein Erfolg wird.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen zusammen mit der Landesleitung alles Gute für 2011.

Ihre  
*L. Lenz*

## Tarifrunde 2011

# Mehr Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft

Von Gerhard Bold



▶ Rheinland-Pfälzische Vertreter auf der Sitzung der Bundestarifkommission der dbb tarifunion am 14. Dezember 2010 in Berlin (v.l.n.r.): Werner Ege (VDSTRA), Gerhard Bold (dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz), dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, Irena Oska (DSTG), Werner Kasel (DPoG) und Sven Maschur (komba jugend). Foto: tu

Mit Geschlossenheit und Solidarität aller Tarifangehörigen strebt der dbb in der anstehenden Tarifrunde 2011 mehr Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft an.

Diesen festen Willen konnten die rheinland-pfälzischen Kol-

leginnen und Kollegen aus der Sitzung der dbb Bundestarifkommission von Berlin mit nach Hause nehmen.

Nach Auffassung der Kommission muss bei den Tarifverhandlungen die Abkoppelung von der Entwicklung der Pri-

vatwirtschaft verhindert und die Attraktivität sowie Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erhalten werden.

Die sorgfältige Auslotung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen veranlassen die Tarifkommission zu einer moderaten Einkommensforderung, die mit einem Sockelbetrag von 50 Euro und einer linearen Erhöhung von 3 Prozent von den Arbeitgebern akzeptiert werden müsse. Eine solche Forderung von insgesamt circa 5 Prozent passe in die gesamtwirtschaftliche Lage und sei durchaus angemessen. Schließlich leiste der öffentliche Dienst mit seinen Tarifbeschäftigten und Beamten trotz

massiven Personalabbaus in den letzten Jahren wesentlich mehr als man in der Öffentlichkeit gemeinhin wahrhaben wolle.

Die Laufzeit für den Tarifbereich soll maximal 14 Monate betragen. Damit könne das Ziel einer künftig gleichen Zeitschiene zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bei Tarifverhandlungen wieder erreicht werden.

In ihrem Gesamtvolumen käme nach Auffassung von dbb Landeschefin Lilli Lenz und dbb Landesvize Gerhard Bold die Forderung der Bundestarifkommission der dbb tarifunion den Vorstellungen der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz sehr nahe. ■



➤ Auf der dbb Jahrestagung 2011 in Köln: Stellvertretender dbb Landesvorsitzender Gerhard Bold, dbb Landeschefin Lilli Lenz, dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen, die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Torsten Bach, Axel Schaumburger und Elke Schwabl. Foto: Friedhelm Windmüller

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst der Länder war klar, dass der dbb die gewerkschaftliche Forderung nach einer 3-Prozent-Anpassung, verbunden mit einem 50-Euro-Sockelbetrag, nochmals als ausgewogen, angemessen und vernünftig darstellen würde, was dbb Bundeschef Peter Heesen eindrucksvoll tat. Damit auch der öffentliche Dienst der Länder bei der Nachwuchsgewinnung in den nächsten Jahren gegenüber der Privatwirtschaft nicht den Kürzeren ziehe, müsse eine attraktivere Bezahlung her. Deshalb sei die Tarifforderung des dbb über jeden Zweifel erhaben, so der dbb Bundeschef.

Weitere Informationen finden sich im dbb magazin, auf der Homepage des dbb unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de) sowie im Internetauftritt der dbb tarifunion unter [www.tarifunion.dbb.de](http://www.tarifunion.dbb.de). ■

## dbb Jahrestagung 2011

# Gelungener Jahresauftakt

### Landesleitung zu Gast in Köln

Kurz vor Beginn der Einkommensrunde 2011 im öffentlichen Dienst der Länder nahm die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz an der regelmäßig viel beachteten, nunmehr 52. dbb Jahrestagung am 10. und 11. Januar 2011 in Köln teil.

Deutliche dbb Kritik an der Schuldenpolitik der Gebietskörperschaften bildete den thematischen Schwerpunkt der Vorträge, Diskussionen und Randgespräche unter dem Titel „Die Zukunft der Staatsfinanzen: Staatseinnahmen – Verteilung – Ausgaben“. Der dbb

fordert einen nationalen Aktionsplan zur Sanierung der Staatsfinanzen, etwa durch Errichtung von Altschuldenfonds, die Zinsendienst und Tilgung übernehmen könnten.

Wegen der zeitlichen Nähe zur Einkommensrunde für die Ar-

## Image und Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst

# Handlungsziel zukunfts-feste Konkurrenzfähigkeit

### Ministerpräsident Kurt Beck baut auf Zusammenarbeit mit Spitzengewerkschaften

Die rheinland-pfälzische Landesregierung will den Folgen der demographischen Entwicklung für den öffentlichen Dienst wirkungsvoll entgegen treten – zusammen mit dem dbb rheinland-pfalz.

Die dazu errichtete Kreativ-Arbeitsgemeinschaft der Ressorts und der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen bewertet Ministerpräsident in einem Schreiben an dbb Landeschefin Lilli Lenz von

Mitte Dezember 2010 als wichtigen Meilenstein.

Die seinerzeit vom Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz verabschiedeten Resolutionen „Image des öffentlichen Dienstes“ und „Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst“ (Vgl. „durchblick“ 12/2010) bildeten inhaltlich auch die Grundlage für das weitere Vorgehen des Gremiums. Die Arbeitsgemeinschaft setzte einen deutlichen Schwerpunkt bei

der Nachwuchsgewinnung. Man beabsichtige, so der Ministerpräsident, eine Erfassung der Aspekte, die einen jungen Menschen dazu bewegen, in den öffentlichen Dienst zu gehen. Es soll analysiert werden, wie diese Aspekte bestmöglich in Richtung der Zielgruppe der Berufsanfänger transportiert werden können. Aufbauend soll ein Konzept zur Optimierung von Image und Nachwuchsgewinnung entwickelt

und parallel ein konkretes Projekt in Angriff genommen werden.

Davon verspricht sich Ministerpräsident Kurt Beck, dass gemeinsam mit den Gewerkschaften entscheidende Verbesserungen für den öffentlichen Dienst erreicht werden. Er dankte dem dbb rheinland-pfalz und Lilli Lenz für den hohen Einsatz beim Thema Nachwuchsgewinnung. ■



## Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst

# SPD für Gesamtstrategie „Personalentwicklung“

### Reaktion auf Entschließung des Hauptvorstands

Der Rückgang der Zahl jüngerer Erwerbstätiger und eine gleichzeitig älter werdende Belegschaft bedeuten für den öffentlichen Dienst auch aus Sicht der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz große personalwirtschaftliche Herausforderungen.

Deshalb plädiert der Fraktionsvorsitzende Jochen Hartloff in einem Schreiben an die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz von Anfang Dezember 2010 für eine Gesamtstrategie „Personalentwicklung“ im öffentlichen Dienst. Dazu gehören aus SPD-Sicht ein vorausschauendes Personalmanagement, die Eröffnung von Karriereperspektiven, eine leistungsgerechte Bezahlung,

familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und ein Gesundheitsmanagement für die Beschäftigten.

Weiter spricht sich der Chef der SPD-Landtagsfraktion für eine Stärkung des Berufsbeamten-tums in Rheinland-Pfalz aus. Mit dem neuen Landesbeamten-gesetz vom 20. Oktober 2010 habe man, so Jochen Hartloff, einen entscheidenden Schritt in diesem Sinne getan, denn die berufliche Entwicklung innerhalb der beamtenrechtlichen Laufbahn wird ab Mitte 2012 nach Wegfall der Laufbahngrenzen unter Beachtung des Grundsatzes des lebenslangen Lernens nach Leistung und Qua-

lifizierung erfolgen. Dieses Modell mache es für junge Menschen attraktiv, sich für eine Karriere im öffentlichen Dienst zu entscheiden. Neueinsteigern werde vermittelt, dass bei guter Leistung – verbunden mit der Bereitschaft, sich neuen Anforderungen zu stellen und dem Willen, sich zusätzliches Wissen anzueignen – die Möglichkeit besteht, Schritt für Schritt aufzusteigen.

Fortbildungen sicherten nicht mehr nur den Bestand der einmal erworbenen beruflichen Kompetenzen, sondern eröffneten nach dem neuen Gesetz gleichzeitig Aufstiegsmöglichkeiten in der öffentlichen Ver-

waltung. Die dbb Landeschefin Lilli Lenz bewertete das Fraktions-schreiben als Zustimmung zur Entschließung „Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst“, die der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz Anfang November 2010 verabschiedet hatte (Vgl. „durchblick“ 12/2010).

Lilli Lenz: „Auch uns liegt ein moderner und leistungsfähiger öffentlicher Dienst am Herzen als Voraussetzung für eine verlässliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur in vielen Lebensbereichen. Das Konzept der Fortbildungsqualifizierung kann sich aber nur als tauglich erweisen, wenn genügend Mittel zur Umsetzung vorgehalten werden. Da wird die Sache besonders mit Blick auf die kürzlich vom Landtag verabschiedete ‚Schuldenbremse‘ in der Landesverfassung spannend.“ ■

## Einkommensrunde 2011

# Tarifabschlussübernahme für Besoldung und Versorgung

### CDU-Entschließung im Landtag

Die CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz hat im Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Haushaltsgesetzesentwurf der Landesregierung eine Entschließung verabschiedet, wonach die Ergebnisse der anstehenden Tarifrunde umgehend und vollinhaltlich im Anwendungsbereich des Landesbesoldungsgesetzes nachvollzogen werden müssen (LT-DrS 15/5203 vom 9. Dezember 2010).

Die Fraktion konstatiert eine Benachteiligung der rheinland-pfälzischen Beamten und Versorgungsempfänger in der Vergütung.

Zur Veranschaulichung wird in der Entschließung auf einen

Anfang 2008 von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag erinnert, wonach die Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger rückwirkend zum 1. Januar 2008 um 2,9 Prozent erhöht und damit an die Entwicklung im Bund und in anderen Bundesländern angepasst werden sollten. Dieser Antrag scheiterte an der SPD-Regierungsmehrheit im Landtag, die zuvor bekanntlich für Angehörige des gehobenen und höheren Dienstes und damit für den überwiegenden Großteil der Beamten und Versorgungsempfänger lediglich Mini-Anpassungen von 0,5 Prozent verabschiedet hatte. Bei betroffe-

nen Versorgungsempfängern wurde sogar noch eine allgemeine Niveauabschmelzung gegengerechnet, weshalb

nicht nur inflationsbereinigt faktisch Minusrunden vorlagen, die die CDU-Fraktion als Abkoppelung einordnet. ■

## Beamtenversorgung

# CDU-Landeschefin gegen Pensionärschelte

### Positive Reaktion auf dbb Broschüre

Mit Zustimmung hat die Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner, auf die Übersendung der dbb Broschüre „Die 7 Irrtümer der Beamtenversorgung – Fakten statt Vorurteile“ durch die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz reagiert.

Die CDU-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2011 unterstrich in einem Schreiben an den dbb Landesbund von Anfang Dezember 2010, dass es ihr ein Anliegen sei, die Interessen der Beamtinnen und Beamten in

Rheinland-Pfalz stärker zu unterstützen. Weil der Dienst der Beamtinnen und Beamten in unzähligen Einrichtungen im Land die Gesellschaft stütze, sollten die Beschäftigten auch im Alter gebührend gewürdigt und nicht durch vorurteilsbelastete Aussagen verunglimpft werden. Deshalb, so Julia Klöckner, lehne sie öffentlichkeitswirksame Pensionärschelte auf Kosten der Seniorinnen und Senioren des öffentlichen Dienstes ab. ■

## Dienstrechtsreform

# FDP für flexiblere Dienstzeitregelungen

Effektivität und Bürgerfreundlichkeit des öffentlichen Dienstes als Priorität

Der Spitzenkandidat der FDP für die Landtagswahl 2011, Landtagsfraktionsvorsitzender Herbert Mertin, fordert mit Blick auf die Flexibilisierung der Laufbahnstrukturen durch das neue Landesbeamtengesetz vom 20. Oktober 2010 die strikte Beachtung fachlicher Qualifikation und Führungskompetenz bei Beförderungen und der Besetzung von Leitungspositionen.

Das geht aus einem Schreiben an die dbb Landeschefin Lilli Lenz von Ende November 2010 hervor.

Zudem liege der FDP die Förderung der Vereinbarkeit von Fa-

milie und Beruf im öffentlichen Dienst am Herzen, um drohendem Personalmangel vorzubeugen. Soweit möglich sollten dafür Vorteile von Teilarbeits- und Telearbeitsplätzen sowie Kinderbetreuung genutzt werden. Soziales Engagement, soziale Kompetenz und Leistungen bei der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen müssten bei der Einstellung und der Beförderung im öffentlichen Dienst stärker berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund bedauerte es Herbert Mertin ausdrücklich, dass ein Ent-

schließungsantrag seiner Fraktion zur Prüfung der Einführung von Dienstzeitkonten im Landtag nicht erfolgreich war.

Die FDP-Landtagsfraktion wollte anhand konkreter Modellrechnungen transparent die Kosten und den Nutzen von Dienstzeitkonten geklärt wissen. Um besonders belastende Dienstsituationen dabei möglichst zeitgenau und im Vergleich zu Zeiten mit eventueller Minderbelastung würdigen zu können, stellte sich die Fraktion eine Dienstzeitenfaktorierung vor, mit

deren Hilfe ein durchschnittlicher Belastungsgrad zu ermitteln wäre. Erkenntnisse über die Anzahl der landesweit von besonders belastenden Dienstsituationen betroffenen Beamten, die Belastungsarten sowie über die Auswirkungen auf das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter sollten gewonnen werden (Vgl. LT-DrS 15/5041).

Die FDP, so Herbert Mertin, werde die Modernisierung und Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes im Sinne von Effektivität und Bürgerfreundlichkeit weiter engagiert begleiten. ■

## Beihilfe

# Keine Antragsgrenze mehr

VG Neustadt kippt BVO-Regelung rechtskräftig

Das Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße hat mit Urteil vom 5. Oktober 2010 (Az 6 K 257/10.NW) entschieden, dass für die im bisherigen § 13 Abs. 3 der Beihilfenverordnung (BVO) enthaltene Antragsgrenze von 200 Euro eine erforderliche normative Grundlage fehlt. Durch die – ursprünglich aus Gründen der Verfahrensökonomie eingeführte – Antragsgrenze in Verbindung mit dem endgültigen Erlöschen des Beihilfeanspruches nach zwei Jahren folge, so die Richter, ein Eingriff in den materiellen Beihilfeanspruch. Hierfür gebe es keine eigenständige formelle Rechtsgrundlage.

Außerdem stehe die Beihilfekürzung durch § 13 Abs. 3 BVO auch im Widerspruch zu hö-

herrangigem Landesrecht. Durch die gesetzlich normierte allgemeine Kostendämpfungspauschale im rheinland-pfälzischen Beihilfenrecht habe der Landesgesetzgeber normativ festgelegt, in welcher Höhe er den Beihilfeberechtigten eine jährliche Eigenbeteiligung unter der Berücksichtigung der Fürsorgepflicht zumuten will.

### ► Neue BVO wird keine Grenze mehr enthalten

Bislang war es so, dass Beihilfeberechtigte mit beihilfefähigen Aufwendungen unter 200 Euro in zwei Jahren auf den Kosten „sitzen“ blieben, weil sie keinen Beihilfeantrag stellen konnten.

Der Gesetzgeber hat auch im neuen, bereits in Kraft getrete-



nen § 66 des Landesbeamtengesetzes vom 20. Oktober 2010 keine Ermächtigungsgrundlage für eine Antragsgrenze eingefügt. Kritische Fälle treten praktisch nur in geringer Zahl auf (Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis, Tod, Versetzung zu einem anderen Dienstherrn).

Deshalb enthält der aktuell im Regierungsverfahren befindliche Entwurf einer neuen BVO keine Antragsgrenzenregelung mehr. Im anfänglichen Entwurfsstadium war sie mit 100 Euro noch vorgesehen. Der dbb rheinland-pfalz geht davon aus, dass die relevanten Fälle durch

den Verzicht auf die Antragsgrenze gut gelöst werden können.

Das Verwaltungsgericht entschied einen Fall eines DPoIG-Einzelmitglieds mit gewerkschaftlichem Rechtsschutz.

Generell werden danach nunmehr alle Beihilfeanträge bearbeitet, auch wenn sie die ehemalige Antragsgrenze unterschreiten. ■

## Reisen

**FRANKREICH**  
**Atlantikküste-Vendée**, wunderschöne Ferienhäuser, direkt am Meer, pers. ausgesucht. Tel. (02684) 958223 [www.vendee.de](http://www.vendee.de)



Blick in den LJT-Sitzungsraum. Hinten rechts der DSTG Weihnachtsmann. Foto: dbbj

## dbb jugend rheinland-pfalz Landesjugendtag 2010

### Weichen für die Zukunft gestellt

(tb) Am 3. und 4. Dezember 2010 fand in Frankenthal der Landesjugendtag der dbb jugend rheinland-pfalz statt.

Die Landesjugendleitung konnte knapp 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus neun verschiedenen Verbänden innerhalb des dbb rheinland-pfalz begrüßen. Gerade diese gewerkschaftliche Vielfalt auch im Bereich der Jugendverbände darstellen zu können, war ein großes Ziel der bis dahin amtierenden Landesjugendleitung.

Die Delegierten der Landesjugendverbände wählten Dirk Crummenauer (Junge Polizei/DPoIG) einstimmig erneut zum Landesjugendleiter, als Schatzmeister wurde Kai Ebner (Junge Polizei/DPoIG) ebenfalls

einstimmig in seinem Amt bestätigt.

Die Landesjugendleitung wird komplettiert durch die Kolleginnen Jasmin Pflanz (DSTG Jugend), Cathleen Brockel (VBB Jugend) sowie den Kollegen Sven Maschur (komba Jugend).

Besonders erfreulich ist, dass die Landesjugendleitung einige weitere Kolleginnen und Kollegen für eine weitere Mitarbeit innerhalb der Landesjugendleitung gewinnen konnte und diese kooptieren wird, um auch in Zukunft eine funktionierende und leistungsfähige Landesjugendleitung innerhalb des dbb rheinland-pfalz sicherstellen zu können.

Im Rahmen der Sitzung des Landesjugendtages konnte die

Landesjugendleitung auch die Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz, die traditionell ein enges Verhältnis zur dbb jugend pflegt, begrüßen.

Lilli Lenz gab den Teilnehmern einen Überblick über die aktuelle Situation im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz und stimmte die jungen Kolleginnen und Kollegen auf die Herausforderungen der nächsten Jahre ein.

Darüber hinaus war, wie in den vergangenen Jahren üblich, auch die dbb jugend saar durch die Kollegin Silke Hektor vertreten.

Ein besonderer Dank geht an die DSTG Jugend Rheinland-Pfalz, die zur Sitzung den Nikolaus mitgebracht hatte – dieser – mit Rute und tiefer Stimme versehen, übergab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein kleines Präsent der DSTG Jugend und warb für eine weiterhin aktive Mitarbeit im Interesse der jungen Kolleginnen und Kollegen.

Die Landesjugendleitung hatte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit der Einladung bereits eine ausführlich Pressemappe sowie einen umfangreichen Geschäftsbericht der

letzten fünf Jahre überlassen, so dass Geschäftsführer Torsten Bach sich auf einige wenige weitere Informationen beschränken konnte. Er gab den Teilnehmern einen Kurzüberblick über den Stand der Dienstrechtsreform in Rheinland-Pfalz sowie einen kurzen Ausblick auf die anstehenden Tarifverhandlungen des Jahres 2011.

Die Landesjugendleitung bedankt sich an dieser Stelle auch bei der Debeka sowie der HUK-Coburg, die den Landesjugendtag unterstützt haben und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Kaffeepausen für Fragen und Auskünfte zur Verfügung standen.

Ein besonderes Highlight erwartete die Kolleginnen und Kollegen am Abend des ersten Tages – die Landesjugendleitung hatte aufgrund besonderer Verbindungen und dank der Unterstützung von einigen „Gönnern“ für den Landesjugendtag einen Besuch des Abschlusskonzertes des Weltstars Joe Cocker in der Mannheimer SAP-Arena organisiert – ein Erlebnis, an welches sich die Kolleginnen und Kollegen sicher noch in einigen Jahren zurückerrinnern werden. ■

## Arbeitszeitverordnung Dauerhafte Experimentierklausel

### Entfristung rettet bewährte Erprobungsmodelle

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat am 21. Dezember 2010 auf Vorlage des Innenministeriums und nach Abstimmung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beschlossen, dass § 14 Abs. 2 der Arbeitszeitverordnung (ArbZVO) im Vorgriff auf eine

entsprechende Änderung ab dem 1. Januar 2011 unbefristet zur Anwendung kommen kann.

Durch diese Vorgriffsregelung können Arbeitszeitmodelle, die auf die Festlegung von Kernzeiten ganz verzichten, von

den obersten Dienstbehörden weiterhin genehmigt werden.

Die Beibehaltung praktisch bewährter Experimentiermodelle ist damit möglich.

Ohne die Vorgriffsregelung wäre die ausnahmsweise Erprobung von Funktionszeitmodellen gemäß § 14 Abs. 2 Satz 1 ArbZVO nur bis zum 31. Dezember 2010 möglich gewesen.

Der dbb rheinland-pfalz bewertet die nunmehrige Entfris-

tung als konsequenten und nötigen Schritt zur Erhöhung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der im Sinne der Rechtssicherheit und der Kontinuität angezeigt war. ■





## Europapolitik „Brüssel-Seminar“

Die dbb akademie bietet in Zusammenarbeit mit dem Beamtenbund Baden-Württemberg und dem dbb rheinland-pfalz vom 5. bis 9. September 2011 ein Seminar zum Thema „Europapolitik“ in Brüssel an (Seminar-Nr. 2011 B 108 GB).

Mit diesem Seminar erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Einblick in die Funktionsweise und Zusammenhänge der EU-Politik. Neben Informationsbesuchen bei den wichtigen EU-Institutionen sind auch verschiedene Vorträge

und Diskussionen zu europäischen Themen geplant.

Für Interessentinnen und Interessenten aus Rheinland-Pfalz stehen zehn Seminarplätze zur Verfügung.

Der Teilnehmerbeitrag für Mitglieder beträgt 300 Euro.

Es erfolgt eine Fahrtkostenerstattung zu den B-Seminar-Konditionen der dbb akademie (einfache Entfernungskilome-

ter-Pauschale 0,22 Euro/km bis zum Maximalersatz von 175 Euro).

Anmeldungen per Fax oder E-Mail unter Nennung von Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse, Mitglieds-gewerkschaft und Seminar-nummer bitte an den

dbb rheinland-pfalz, Telefax: 06131.679995, E-Mail: post@dbb-rlp.de. ■

## Personalie

### Klaus-Peter Fink 70



> Klaus-Peter Fink Foto:dbb

Nicht nur dort engagiert sich Klaus-Peter Fink in herausragendem Maß für die Interessen des Personals im öffentlichen Dienst. Besonders am Herzen liegt ihm auch das Wohl der älteren Generation. Für die Anliegen der Pensionäre, Rentner und Hinterbliebenen des öffentlichen Dienstes hat er immer ein offenes Ohr. Seine Erfahrung und seine Sachkenntnis führten schließlich dazu, dass er vom Landesvertretertag des Seniorenverbandes BRH Rheinland-Pfalz, Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb am 22. Oktober 2009 in Mainz zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurde.

Klaus-Peter Fink gehört dabei keineswegs zum „alten Eisen“. Mit immer professioneller werdenden Digitalkameramodellen ist er gleichsam als „Hof-fotograf“ regelmäßiger Teilnehmer von Veranstaltungen und Demonstrationen des dbb Landesbundes, gleichzeitig befasst er sich mit dem Internet und schließlich sieht er eine seiner wichtigsten Aufgaben in der Motivation junger Menschen zur gewerkschaftlichen Mitwirkung.

Aus Klaus-Peter Finks Schaffenskraft erwächst neben anderweitigen ehrenamtlichen Aufgaben außerhalb der dbb Familie im dbb Bezirksverband ein steter Reigen von Veranstaltungen wie Sitzungen, Diskussions- und Informationsveranstaltungen rund um den öffentlichen Dienst sowie Besichtigungstouren. Außerdem steht der Bezirksverbandschef „seinen“ Kreisverbänden mit Rat und Tat stets zur

Seite. Geübt ist er beispielsweise in der Moderatorenrolle bei Podiumsdiskussionen der Kreisverbände mit Landespolitikern. Umtriebige und lebhaftere Verbandsarbeit ist die Folge.

Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz wünscht Klaus-Peter Fink auch auf diesem Weg alles Gute zum neuen Lebensjahr und viel Erfolg in allen Lebensbereichen. ■

Am 18. Februar 2011 ist der siebzigste Geburtstag des dbb Bezirksvorsitzenden Koblenz-Montabauer, Klaus-Peter Fink.

Von der Gewerkschaft Naturwissenschaft und Technik, Bund der technischen Beamten und Angestellten (BTB) Rheinland-Pfalz kommend, engagierte sich Klaus-Peter Fink früh in der Bezirksverbandsarbeit beim dbb. Ab März 2000 übernahm der Nastättener mit norddeutschen Wurzeln zunächst kommissarisch den Vorsitzendenposten im Bezirks- sowie im Kreisverband Koblenz-Montabaur, bevor er am 7. September 2000 vom Bezirkshauptvorstand zum regelrechten Bezirkschef gewählt wurde. Seither ist er Mitglied im Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz.

### KV Mayen-Koblenz Nachruf



> Josef Köllner Foto: Archiv

Die dbb Familie trauert um ihr langjähriges Mitglied Josef Köllner, der im Dezember 2010 kurz vor Vollendung seines 86. Lebensjahres verstarb.

Josef Köllner war seit mehr als fünfzig Jahren Einzelmitglied des dbb, davon seit 1989 zehn Jahre Vorsitzender des dbb Kreisverbandes Mayen-Koblenz, an dessen Reaktivierung er maßgeblichen Anteil hatte. Bis zuletzt unterstützte Josef Köllner die Arbeit des Kreisverbands als stellvertretender Vorsitzender.

Der dbb Kreisverband Mayen-Koblenz und der dbb rheinland-pfalz vermissen Josef Köllners geschätzten Ratschlag sowie sein ausgleichendes Wirken und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. ■

**durchblick** vormals „Der Beamte in Rheinland-Pfalz“

ISSN 0946-7483

Herausgeber: dbb – beamtenbund und tarifunion, landesbund rheinland-pfalz, Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz, Telefon 06131.611356.

Verlag: dbb verlag gmbh, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,

Redaktion: Malte Hestermann, Telefon 06131.611356, Telefax 06131.679995. Fotos: MEV.

Redaktionsschluss am 1. des Vormonats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Anzeigenverkauf: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen. Petra-Opitz Hannen, Telefon 02102.74023-715, Fax 02102.74023-99. Anzeigentarif Nr. 19, gültig ab 1.10.2010.

Die Zeitschrift „durchblick“ erscheint zehnmal im Jahr. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Letzte Meldung: dbb Lehrerverbände

# Beck: Qualität in der Schule bleibt gemeinsames Ziel

### Nachwuchs gewinnen, Qualität sichern



dbb Lehrerverbandschefs im gemeinsamen Gespräch mit der Landesregierung (v.l.n.r.): Ministerpräsident Kurt Beck, Ulrich Brenken (vlbs), Bernd Karst (VDR), Malte Blümke (PhV), Staatsministerin Doris Ahnen, Jürgen Kettner (vlw-Landesvize), Gerhard-Bold (stellv. dbb Landesvorsitzender) und Johannes Müller (VBE).  
Foto: Volker Oehl

Die Qualitätssicherung des Unterrichts sowie gute Rahmenbedingungen für Schulen sehen Landesregierung und die Lehrerverbände im dbb rheinland-pfalz als gemeinsame Aufgabe in jeweiliger Verantwortung. Diese Themen standen im Mittelpunkt eines Gesprächs der fünf Landesvorsitzenden der Lehrerverbände im dbb rheinland-pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck und Bildungsministerin Doris Ahnen am 17. Januar 2011 kurz vor Redaktionsschluss in der Staatskanzlei in Mainz.

Die Verbandschefs, die etwa drei Viertel der organisierten rheinland-pfälzischen Lehrkräfte vertreten, trugen ihre gemeinsamen Kernanliegen vor. Dazu überreichten sie ein Positionspa-

pier zu den wichtigsten gemeinsamen Themenbereichen in der Bildungsdiskussion: Beamtenstatus, Nachwuchsgewinnung, Lehrerbildung, Unterrichtsversorgung und Lehrergesundheit. Ministerpräsident Kurt Beck hob hervor, dass Rheinland-Pfalz über ein differenziertes Schulsystem verfüge, bei dem die Wahlfreiheit der Eltern und die Durchlässigkeit zentrale Kriterien seien.

Ministerpräsident Beck bekräftigte das Ziel der Landesregierung, vom Schuljahr 2011/2012 an bis 2014 die Schülerzahl pro Grundschulklasse von maximal 30 auf 24 zu senken. Zudem sollen bis 2016 die fünften und sechsten Klassen aller Schularten höchstens 25 Schüler zählen. Die Lehrerverbände begrüßten die Pläne und thematisier-

ten auch die Fortschreibung in höheren Klassen.

Einigkeit zwischen den Gesprächsteilnehmern bestand darin, dass der Lehrerberuf attraktiv sein muss, um auch künftig qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Ministerin Ahnen wies darauf hin, dass das Land zu Beginn dieses Schuljahres 760 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt habe. Heute beschäftige das Land 5 000 Lehrerinnen und Lehrer mehr als vor zehn Jahren.

Die Landesvorsitzenden der dbb Lehrerverbände problematisierten speziell die fächerspezifische Unterrichtsversorgung. Ministerpräsident Beck bestätigte, dass ihm diese auch für die Berufsbildenden Schulen ein wichtiges Anliegen sei.

### ► Gemeinsame bildungspolitische Positionen der Lehrerverbände im dbb rheinland-pfalz

**Beamtenstatus der Lehrkräfte:** Die Attraktivität des Lehrberufs und die Aufstiegsmöglichkeiten müssen gestärkt werden.

#### Nachwuchsgewinnung/Lehrerimage:

Das Kerngeschäft der Lehrerin und des Lehrers ist Unterricht. Wer vor einer Klasse steht, muss ausgebildet sein – fachlich und pädagogisch. Eine Verringerung der Klassengrößen ergibt sich aus den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

#### Lehrerbildung:

Die Bachelor-Master-Struktur in der Lehrerbildung muss erneut

auf den Prüfstand. Angemessene Ressourcen für die Praktikumsbetreuung an den Schulen und Seminaren sind erforderlich.

#### Lehrerbedarf/

#### Unterrichtsversorgung:

Der strukturelle Unterrichtsausfall und der temporäre Unterrichtsausfall müssen gesenkt werden – jetzt!

Auch alle Mittel, die durch demographische Entwicklung frei werden, müssen im Bildungssystem verbleiben.

#### Lehrergesundheit:

Die beruflichen Belastungsgrenzen in den Schulen sind überschritten.

Die Installierung des Landesinstituts für Lehrergesundheit ist ein wichtiger Schritt.

Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn kann sich nicht auf diese Maßnahme beschränken.

#### Die Lehrerverbände im dbb rheinland-pfalz sind:

- PhV – Philologenverband Rheinland-Pfalz: [www.philologenverband.de](http://www.philologenverband.de)
- VBE – Verband Bildung und Erziehung Rheinland-Pfalz: [www.vbe-rp.de](http://www.vbe-rp.de)
- VDR – Verband Deutscher Realschullehrer Rheinland-Pfalz: [www.realschule-vdr.de](http://www.realschule-vdr.de)
- vlbs – Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz: [www.vlbs.org](http://www.vlbs.org)
- vlw – Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in Rheinland-Pfalz: [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de)